



## Niederschrift Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 11.12.2013
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	22:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Bürgersaal des Stadthauses
<b>Sitzungsnummer</b>	STV/029/13

---

- 1 Bericht des Magistrats
- 2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers
- 3 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2012 – 2017 einschl. aller eingegangenen Anträge; durch Magistrat beschlossen am 30.10.2013  
Vorlage: 0233/S/13
- 4 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2014 einschl. aller eingegangenen Anträge; durch Magistrat beschlossen am 30.10.2013  
Vorlage: 0234/S/13
- 5 Einstellung des Modellversuchs zur Förderung der Kindertagespflege in Gernsheim, durch den Magistrat beschlossen am 16.10.2013  
Vorlage: 0141/S/13
- 6 Kenntnisnahme des 2. Finanzberichts 2013 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO  
Vorlage: 0239/S/13
- 7 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;  
Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Logistikzentrum südöstlich der Emanuel-Merck-Straße“  
a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB  
b) Satzungsbeschluss nach §§ 5 Hessische Gemeindeordnung (HGO) und 10 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 0244/S/13
- 8 Grundwassereintrag Kiesloch  
hier: Antrag der SPD-/FDP-Fraktion vom 29.07.2013, eingegangen am 30.07.2013  
Vorlage: 0165/S/13
- 9 Gültigkeit und Wirksamkeit der Geschäftsordnung Schöfferstadt Gernsheim  
hier: Antrag der Fraktion GuD vom 12.11.2013, eingegangen am 12.11.2013  
Vorlage: 0252/S/13

- 10 Umbenennung der Ringstraße in Willy-Brandt-Ring  
Antrag der SPD-/FDP-Fraktion vom 04.11.2013, eingegangen am 13.11.2013  
Vorlage: 0253/S/13
- 11 Anfragen
- 12 Ehrungen gemäß § 5 Abs. 3 der Hauptsatzung der Schöfferstadt Gernsheim  
Vorlage: 0251/S/13

**Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste**

**Verlauf**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt begrüßt alle Zuhörerinnen und Zuhörer sowie Frau Sebastian von der Presse und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Er teilt mit, dass Herr Thomas Bornhofen, Herr Harald von Haza-Radlitz und Herr Frank Hammann für die heutige Sitzung entschuldigt sind.

**En bloc-Abstimmung**

Wie in der Sitzung des HFA am 04.12.2013 vereinbart, erfolgt über die Anträge zum Investitionsprogramm bzw. zum Haushalt 2014, die einstimmig im HFA beschlossen wurden, eine en bloc-Abstimmung:

**Für das Investitionsprogramm 2012- 2017 sind dies folgende Anträge:**  
0233/S/13-03, -04, -04.1, und -05.

**Für den Haushalt 2014 sind dies folgende Anträge:**  
0234/S/13-02 und -03.

Weiterhin teilt er mit, dass die Vorlagen 0234/S/13-15 und -18 nach den Ausführungen des Bürgermeisters im Haupt- und Finanzausschuss vom Antragsteller als erledigt erklärt bzw. zurückgezogen wurden.

Herr Bürgermeister Burger beantragt, den TOP 12 -Ehrungen gemäß § 5 Abs. 3 der Hauptsatzung der Schöfferstadt Gernsheim- in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

## **1 Bericht des Magistrats**

Im Rahmen des Magistratsberichtes informiert Herr Bürgermeister Burger die Anwesenden über folgende Punkte:

### **1.1 Tiefenbehälter/Förderbrunnen Firma Merck**

Zu dem Berichts Antrag der SPD-/FDP-Fraktion vom 29.07.2013 erfolgte am 28.08.2013 seitens der Stadtverordnetenversammlung der Beschluss, dass der Magistrat darüber berichten soll, ob und wenn ja aus welchen Gründen der seitens der Stadt geplante Tiefbehälter noch benötigt wird.

In einer der folgenden Ausschuss-Sitzungen wurde zugesagt, dass dieser Berichts Antrag erledigt sei, sofern der Bürgermeister den Aktenvermerk der Bauverwaltung in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorträgt. Dies ist ausweislich der bisherigen Sitzungsprotokolle nicht erfolgt, so dass in der Erinnerung von Herrn Stadtrat Wetzel in der Magistratssitzung vom 13.10.2013 noch der Aktenvermerk der Bauverwaltung vom 19.08.2013 bekannt zu geben war.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.08.2013 wurde darüber berichtet, jedoch nicht in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Eine formelle Abstimmung im HFA ist nicht erfolgt.

Aus diesem Grund beantwortet Herr Bürgermeister Burger den Prüfantrag vom 29.07.2013 in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

#### **Prüfantrag SPD/FDP-Fraktion vom 29. Juli 2013 Berichts Antrag Tiefenbehälter und Förderbrunnen Fa. Merck**

Es ist nicht zu befürchten, dass allein durch die beantragte Bewilligung zur Erhöhung der Grundwasserförderung um 0,5 Mio. m<sup>3</sup> pro Jahr der Trinkwasserbezug aus dem Wasserwerk Gernsheim reduziert wird. Die Fa. Merck erklärt die Erhöhung des derzeitigen Wasserbedarfs mit einer prognostizierten jährlichen Erhöhung um 1-2 und nicht mit dem Vorhaben eigenes Trinkwasser aufzubereiten. In den Antragsunterlagen wird kein firmeneigenes Trinkwasserversorgungskonzept zur Umsetzung vorgestellt. Eine Bewilligung wird nach dem Wasserrecht für einen Zeitraum von 30 Jahren beantragt, so dass davon auszugehen ist, dass man sich bei der beantragten Fördermenge „auf die sichere Seite“ legt.

Nach jetzigem Kenntnisstand ist nicht zu erkennen, dass der Trinkwasserbezug der Fa. Merck weiter drastisch sinken-wird. Zusätzlicher Wasserbedarf ist mittelfristig für die neu zu erschließenden Baugebiete erforderlich; der maximale Tagesbedarf wird dadurch wieder ansteigen. Somit besteht momentan keine Veranlassung, die Anfang 2012 vorgelegte Entwurfsplanung zum Neubau eines Trinkwasserspeichers zu verwerfen. Zumal die Erkenntnisse aus dem Großbrand des Reifenlagers in 2012 aufgezeigt haben, dass Versorgungsengpässe schnell

erreicht werden.

Zum Vergleich wurde für das Jahr 2011 ein max. Tagesbedarf von 4.950 m<sup>3</sup> festgestellt. Das Regelwerk in Form des DVGW-Arbeitsblattes W 300 fördert ein Nutzvolumen zwischen 30 bis 80 % vom Spitzentagesverbrauch. Damit wird aufgezeigt, dass das momentan vorhandene Nutzvolumen von kleiner als 1.500 m<sup>3</sup> am untersten Niveau anzusiedeln ist. Anzustreben ist der Mittelwert.

Angesichts der finanziellen Lage wird die Maßnahme zurück gestellt. Die Zeit kann genutzt werden, den Trinkwasserbedarf der Fa. Merck weiter zu verfolgen.

Ungeachtet dessen ist die Umrüstung des Notstromaggregats (Baujahr: Anfang 60-iger Jahre und die einhergehende Erweiterung des Betriebsgebäudes kurzfristig umzusetzen. Diese Maßnahme ist alters- und leistungsbedingt. Bei einem Stromausfall ist die Leistung des Notstromaggregats nicht mehr ausreichend, um den komplexen Betrieb des Wasserwerks dauerhaft aufrecht zu erhalten. Die Leistung der Aggregate wie Brunnenförder- und Druckerhöhungspumpen aber auch der peripheren Aggregate wie Spülluftaggregate, etc. wurden in den vergangenen Jahren leistungsmäßig an den gestiegenen Wasserverbrauch angepasst, sodass sich der Energiebedarf deutlich erhöht hat.

Ebenso muss kurzfristig die Rohrleitungssituation erneuert werden. Die Rohrleitungen stammen ebenso aus den 60-iger Jahren und sind somit schon über 50 Jahre alt. Als wichtigster Punkt ist jedoch anzuführen, dass die Versorgungssicherheit gefährdet ist, sobald ein Schaden an der Entnahmeleitung von den vorhandenen Tiefbehältern zum Betriebsgebäude auftritt. Im Bereich zwischen Betriebsgebäude und Absetzbecken für das Filtrerrückspülwasser ist diese Leitung in einer Tiefe von über 4 m nahezu unzugänglich. Ferner sind die Brunnenleitungen dringend von der Entleerungsleitung des Rückspülwasserbeckens in den Vorfluter zu entkoppeln, damit eine ordnungsgemäße Spülung der Brunnenleitungen gewährleistet werden kann und somit Verkeimungen von der Entleerungsleitung ausgehend in die Brunnenleitungen ausgeschlossen werden können.

Für diese Maßnahmen sind Kosten in Höhe von rund 1,15 Mio. EUR zu veranschlagen.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters erklärt Herr Kramer für die SPD-/FDP-Fraktion den Prüfantrag als abschließend erledigt.

## **1.2 Grundwasserförderung Hessenwasser**

Der Magistrat hat am 13.11.2013 den Beschluss gefasst, die Kanzlei Dr. Stapelfeldt mit den Vorbereitungen einer Klage und Klagebegründung für das laufende Wasserrechtsverfahren des Landes Hessen auf Antrag der Hessenwasser GmbH & Co. KG aus den Brunnen des Wasserwerks Allmendfeld

zu beauftragen. Es ist mit anwaltlichen Honorarkosten bis etwa € 15.000,00 zu rechnen. Die erforderlichen Mittel stehen im Produkt 55502, Budget 3 zur Verfügung. Im Falle einer Klageempfehlung liegt die ausschließliche Zuständigkeit bei der Stadtverordnetenversammlung. Gemäß § 51 Ziffer 18 HGO entscheidet die Stadtverordnetenversammlung über das Führen von Rechtsstreitigkeiten von größerer Bedeutung.

Hessenwasser hat beim Regierungspräsidium Darmstadt die Erteilung einer Bewilligung für die Fortführung der öffentlichen Grundwasserentnahme aus den 15 Gewinnungsanlagen des Wasserwerks Allmendfeld, die in den Gemarkungen Allmendfeld und Gernsheim liegen, in einer Menge von bis zu maximal 17,8 Mio m<sup>3</sup> beantragt. Zuletzt waren 15,8 Mio m<sup>3</sup> genehmigt. Die beschriebene Fördermengenerhöhung soll durch eine gleichlaufende Infiltrationsmengenerhöhung ausgeglichen werden, die aber nicht Gegenstand des Verfahrens ist. Die Stadt Gernsheim hat zum Verfahren durch eine umfangreiche Ausarbeitung des Fachanwalts Dr. Stapelfeldt mit Schriftsatz vom 20. Juni 2013 Stellung genommen, um die kommunalen Rechte zu wahren. Der Schriftsatz erfolgte auf der Grundlage einer fachtechnischen Stellungnahme von Hessen Forst, Projektgruppe Grundwasser sowie unter fachkundiger Mitarbeit von Herrn Henner Gonnermann, ehemals Forstamtsleiter Groß-Gerau.

### **1.3 Neubau Kinderkrippe "Eulennest" 5. bis 7. Gruppe**

Mit Bescheid vom 26.11.2013 hat der Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau mitgeteilt, dass für den Neubau der Kinderkrippe „Eulennest“ (5. bis 7. Gruppe) eine Gesamtbezuschung in Höhe von € 450.000,00 zum Ausbau der Tagesbetreuung im U-3-Bereich bereitgestellt wird.

Dieser Förderbetrag setzt sich aus € 435.000,00 Baukostenzuschuss und € 15.000,00 Ausstattungszuschuss zusammen.

Die Schöfferstadt Gernsheim hat damit den Maximalbetrag an Fördermitteln für die derzeitige Baumaßnahme erhalten.

### **1.4 Neuerrichtung eines Waldkindergartens**

Am 9. Dezember 2013 fand im Foyer der Stadthalle ein Informationsabend für alle Eltern mit Kindern im Alter von bis zu vier Jahren statt.

Mit einem umfangreichen Folienvortrag wurden die pädagogischen Ziele und Möglichkeiten bei dem Betrieb eines Waldkindergartens durch Frau Jost, Frau Lowinsky und den Bürgermeister vorgetragen. An dem Vortrag nahmen ca. 30 bis 35 Eltern teil.

Diese wurden gebeten, im Falle eines bestehenden Interesses bis zum 31. Januar 2014 eine verbindliche Interessenbekundung abzugeben, damit die

erforderliche Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung im Frühjahr 2014 erfolgen kann. Danach ist bei entsprechendem Interesse aus der Elternschaft und nach der Beschlussfassung der STVV die bauliche Umsetzungsphase angedacht, um den Waldkindergarten ab dem 8. September 2014 in Betrieb zu nehmen.

Seitens der Genehmigungsbehörde wurde zwischenzeitlich eine Betriebserlaubnis für den Waldkindergarten durch das Kreisjugendamt Groß-Gerau in Aussicht gestellt, da die angedachten baulichen Voraussetzungen geeignet sind, einen Waldkindergarten einzurichten.

## **1.5 Kinderstadtplan**

Am Mittwoch, 18. Dezember 2013 um 17:00 Uhr stellt Herr Bürgermeister Peter Burger im Jugendtreff "Alten Realschule" den im Rahmen einer Projektarbeit durch die Jahrespraktikantin Stefanie Burdow gemeinsam mit Mike Schumann von der Jugendpflege Gernsheim erarbeiteten und von PleggeMedien gedruckten Kinderstadtplan vor.

Interessierte Kinder haben nun die Möglichkeit, für sie Wichtiges im Bereich Bibliothek, Feuerwehr, Kirche, Lieblingsplätze, Spielplätze und vieles mehr, also für sie alles Interessante, mittels Aufkleber selbst auf diesem Plan zu markieren.

Auf der Rückseite wurde die von den Kindern während des Projektes "Kids-View" erlaufenen und erforschten Gernsheimer Gegebenheiten bildlich dargestellt und mit Quizfragen hinterfragt. Diese Fragen regen zum weiteren Erforschen ihres Lebensumfeldes an.

## **1.6 S-Bahn-Anbindung des Gernsheimer Bahnhofs**

Auf eine Resolution des Kreistags Groß-Gerau vom 06.05.2013 bzgl. der Verlängerung der S-Bahn von Riedstadt-Goddelau nach Biblis hat der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) folgendermaßen Stellung genommen:

„Aus Sicht des RMV wird der Abschnitt Riedstadt-Goddelau – Biblis durch die Linie 70 adäquat angebunden. Das entsprechende Betriebskonzept für die Vergabe der Leistungen auf der Linie 70 wurde abgestimmt. Eine Verlängerung der S-Bahn ist gegenwärtig nicht geplant. Langfristig könnte bei der Einrichtung einer beschleunigten RE-Linie die Bedienung der angesprochenen Halte durch eine verlängerte S-Bahn-Linie übernommen werden.“

## **1.7 Zuwendungen an Schwimmsport treibende Vereine**

Der Magistrat hat in der Sitzung am 11.12.2013 beschlossen, im Rahmen der

Vereinsförderung folgenden Vereinen bezüglich der Besuche im Hallenbad Groß-Gerau bzw. im Freibad Gimbsheim folgende Zuwendungen zu gewähren:

RIEDDIVER	€ 146,00
Tauchclub Gernsheim	€ 712,00.

Die Beträge wurden pauschaliert.

Die Mittel stehen im Produkt 42101 zur Verfügung.

## 1.8 Kreistagsvorlage Breitband

Herr Bürgermeister Burger zitiert Ausschnitte aus der uns zugegangenen Kreistagsvorlage:

„Der Kreistag des Kreises Groß-Gerau nimmt den Sachstandsbericht der Breitband Kreis Groß-Gerau GmbH vom 27.11.2013 zur Ausschreibung des Netzbetriebs (Anlage 1) zur Kenntnis. Der Kreistag des Kreises • Groß-Gerau nimmt zur Kenntnis, dass der Kreisausschuss beauftragt ist, das Deckungslückenmodell (Beistellung von Erdarbeiten als sogenannte Sachleistungen - Anlage 2) weiter zu verfolgen und nach Prüfung der rechtlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Aspekte dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen. Mögliche neue finanzielle Rahmenbedingungen (s. Koalitionsvereinbarung Bund) werden in die Überlegungen mit einbezogen.

Darüber hinaus wird der Kreisausschuss die Auflösung der Breitband GmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorbereiten.

### **Begründung:**

Dem Kreistag wurde in seiner Sitzung am 30.09.2013 ein Zwischenbericht zum Sachstand Breitbandversorgung vorgelegt. In dieser Sitzung wurde beschlossen, dass nach Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates der Breitband Kreis Groß-Gerau GmbH am 25.09.2013 der Kreistag erneut informiert wird. Der Sachstandsbericht zur Ausschreibung des Netzbetriebs (Anlage 1) liefert eine Übersicht zum Ausschreibungsverfahren und der Beschlussfassung des Aufsichtsrates vom 29.10.2013. Da keine wirtschaftliche Umsetzung des Breitbandprojekts erreicht werden konnte, wurde die Ausschreibung ohne Vergabe der ausgeschriebenen Dienstleistung formell beendet und die Bieter hierüber in Kenntnis gesetzt. Der eingeschlagene Weg des Ausbaus einer passiven Infrastruktur und deren Verpachtung an einen Netzbetreiber ist aufgrund der sich drastisch veränderten Rahmenbedingungen wirtschaftlich nicht mehr realisierbar. Es bedarf eines neuen Ansatzes, damit der Kreis in Ausübung seiner Förder-, Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion der Durchführung und Abwicklung seiner politischen Zielsetzung nachkommen kann.

Zur Klärung der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten wurden entsprechende

Gespräche mit der Kommunalaufsicht des Regierungspräsidiums Darmstadt geführt. Auf deren Empfehlung fand am 26.11.2013 ein Gespräch mit dem Hessischen Wirtschaftsministerium statt, an dem auch Vertreter des Regierungspräsidiums teilnahmen.

Ausdrücklich begrüßt wurde von Seiten des Ministeriums, dass aufgrund der Aktivitäten der vom Kreis gegründeten Breitband GmbH der marktgetriebene Ausbau vorangetrieben wurde und die Telekom in 5,5 Kommunen nun selbst aktiv wurde und den beihilfefreien Ausbau angekündigt hat.

Die Vertreter des Ministeriums sprechen sich eindeutig für eine flächendeckende Versorgung im Kreis Groß-Gerau aus und sagen hierfür ihre Unterstützung zu. Bei diesem Gespräch wurde auch das alternativ angedachte Konzept zur Errichtung eines Kreisschulnetzes vorgestellt und erörtert, jedoch unter den gegebenen haushaltsrechtlichen Bedingungen als nicht realisierbar angesehen. Der Lösungsansatz „Deckungslückenmodell“ wird als **stufenweiser Ausbau** von FTTC\* hin zum „Gigabit Kreis GG“ FTTH\*\* ausdrücklich begrüßt. Ein **kurzfristig flächendeckender Ausbau** zum „Gigabit Kreis“ lässt sich wirtschaftlich nicht realisieren.

Der Lösungsansatz Deckungslückenmodell zeichnet sich in mehreren Landkreisen Hessens als einzig wirtschaftlich tragbare Möglichkeit ab.

Der Aufsichtsrat hat sich in seiner Sitzung am 27.11.2013 für die Weiterverfolgung des sogenannten Deckungslückenmodells ausgesprochen. Der Kreis sieht es weiterhin als seine originäre Aufgabe an, die Unterversorgung einzelner Kommunen in Ausübung seiner Förder-, Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion zu verhindern.

Hierzu gehört — unter dem Vorbehalt seiner konkreten beihilferechtlichen Zulässigkeit und wirtschaftlichen Umsetzbarkeit — eine flächendeckende, bedarfsgerechte, nachhaltige und gemeindeübergreifende Breitbandversorgung. Das Deckungslückenmodell ist, unter Berücksichtigung der Vorgaben der Bundesrahmenregelung Leerrohre, ein möglicher Neuansatz.“

Herr Bürgermeister Burger teilt abschließend mit, dass die Stadt Gernsheim demzufolge Abstand von der vertraglichen Vereinbarung zum Breitbandausbau nimmt, die bereits beschlossen war.

## **1.9 Beihilfe für die Stadtbücherei durch die Wilhelm-Jockel-Stiftung**

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass der Vorstand und Beirat der Wilhelm-Jockel-Stiftung beschlossen hat, der städtischen Bücherei eine Beihilfe in Höhe von Euro 3.500,00 zu gewähren. Der Betrag ist für die Neu- und Ersatzanschaffung von Jugendliteratur bestimmt.

## **1.10 Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen**

Die Auswertung der neuen Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen ergibt

folgendes Ergebnis:

**Zeitraum 15.10. - 19.11.2013 ( 36 Tage ):**

Gernsheim, Wormser Straße, FR Stadtmitte:

569 Fälle ( 15,8 Fälle / Tag ) / Ertrag aus Verwarnungs- und Bußgeld nach Abzug der Fallpauschale: 6901,19 €

Gernsheim, Wormser Straße, FR Klein-Rohrheim:

729 Fälle ( 20,25 Fälle / Tag ) / Ertrag aus Verwarnungs- und Bußgeld nach Abzug der Fallpauschale: 9388,46 €

**Zeitraum 31.10.- 19.11.2013 (20 Tage ):**

Biebesheim, Gernsheimer Straße, FR Ortsmitte:

257 Fälle ( 12,85 Fälle / Tag ) / Ertrag aus Verwarnungs- und Bußgelder nach Abzug der Fallpauschale: 2904,30 €

Biebesheim, Gernsheimer Straße, FR Gernsheim:

248 Fälle ( 12,4 Fälle / Tag ) / Ertrag aus Verwarnungs- und Bußgelder nach Abzug der Fallpauschale: 2628,74 €

#### **1.11 Fragen der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats an Mitarbeiter der Stadtverwaltung**

Aus gegebenem Anlass bittet Herr Bürgermeister Burger darum, dass die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats den Dienstweg einhalten und bestehende Fragen nicht unmittelbar an die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, sondern an Herrn Bürgermeister Burger oder Herrn Oberamtsrat Hutmacher richten.

#### **1.12 Zweiter Finanzbericht vom 28.10.2013**

Herr Bürgermeister Burger erläutert den Finanzbericht wie folgt:

##### **26.10.2013**

Zweiter Finanzbericht:: Fehlbedarf: 2,5 Mio €

Zu diesem Zeitpunkt standen noch rd. 2,0 Mio Euro Gewerbesteuerzahlungen aus, die bereits angekündigt waren und in der Prognose bereits enthalten waren.

##### **04.11.2013**

Bescheid über Vorauszahlung von 2,927 Mio Euro für das Jahr 2013; in der

Prognose des 2. Finanzberichts noch nicht enthalten. Finanzverwaltung plant vorsichtshalber einen Abschlag von 20 % auf diese Zahlung.

### **07.11.2013**

Bescheid über 1,058 Mio Euro für das 2012, die in der Prognose bereits enthalten waren.

### **07.11.2013**

Bescheid über Vorauszahlung von Euro 3,281 Mio Euro für das Jahr 2013, in der Prognose des 2. Finanzberichtes noch nicht enthalten.

Zusammenfassend ist für das Haushaltsjahr 2013 mit einem Überschuss von 1,54 Mio Euro zu rechnen.

## **2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt teilt folgendes mit:

Folgende Damen und Herren Stadtverordneten hatten im November/Dezember 2013 Geburtstag:

Am 08.11.2013 Frau Birgit Weinmann, am 16.11.2013 Herr Jan Hillerich sowie am 04.12.2013 Herr Thomas Müller.

### **Sitzung des Ältestenrates**

Herr Stadtverordnetenvorsteher schlägt vor, dass die nächste Sitzung des Ältestenrates am Montag, 13.01.2014 um 19:00 Uhr stattfindet. Eine entsprechende Einladung wird seitens der Verwaltung noch ergehen.

Vorgesehene Themen:

- Evtl. Verkürzung der Antragsfristen
- Geschäftsordnung

Weiterhin teilt er mit, dass der Tagesordnungspunkt 8 –Grundwassereintrag Kiesloch- entfällt, da der Antrag nach den Ausführungen des Bürgermeisters im Ausschuss ULF am 03.12.2013 zurückgezogen wurde.

Auf den Tischen wurden folgende Unterlagen verteilt:

- Abstimmungsliste der Anträge zum Investitionsprogramm sowie zum Haushalt 2014
- Auszug aus dem Internet i. S. Infrarotheizung Trauerhalle

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3+4 gemeinsam zur Beratung aufzurufen. Dem Vorschlag wird einvernehmlich zugestimmt.

**Mehrkosten im Haushalt 2014 nur in Verbindung mit einem Deckungsvorschlag**

**hier: Antrag der SPD-/FDP-Fraktion vom 29.11.2013, eingegangen am 02.12.2013**

**Vorlage: 0234/S/13-16**

**Beschluss:**

Zur Erhaltung des positiven Haushalt 2014 und zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzepts sollen Mehrkosten nur in den Haushalt 2014 aufgenommen werden, wenn der Antragsteller einen entsprechenden Deckungsvorschlag vorlegt.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 24 (13 CDU, 5 SPD/FDP, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG)  
Nein-Stimmen : 4 (GuD)  
Enthaltung : -

**Radweg Heidelberger Straße**

**hier: Antrag der FWG-Fraktion vom 12.11.2013, eingegangen am 13.11.2013**

**Vorlage: 0233/S/13-01**

**Beschluss:**

Die Stadtverordneten der Stadt Gernsheim werden darum gebeten, die Verkehrssituation des Radweges an der Heidelberger Straße, ab Höhe Berliner Straße in Richtung Innenstadt zu behandeln.

Ab der beschriebenen Lage ist an dem Radweg keine Beleuchtung vorhanden. Wir bitten darum zu beschließen diese Beleuchtung nun zu erstellen.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 1 (FWG)  
Nein-Stimmen : 27 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD/FDP, 4 GuD)  
Enthaltung : -

**Neuanschaffung Museum, Reduzierung um 1.500,00 Euro**

**hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2013, eingegangen am 22.11.2013**

**Vorlage: 0233/S/13-02**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt bei oben genannter Investition die Anschaffung eines Metallsuchgerätes in Höhe von 1500,00 € aus dem Programm zu streichen.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 5 (Bündnis 90/Die Grünen)  
Nein-Stimmen : 18 (13 CDU, 4 GuD, 1 FWG)  
Enthaltung : 5 (SPD/FDP)

**Parkplatz rechts der Evangelischen Kirche - Entwicklung und Gestaltungsmöglichkeiten;  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen des Ortsbeirates  
Allmendfeld vom 21.11.2013, eingegangen am 22.11.2013  
Vorlage: 0233/S/13-03**

Der Magistrat wird beauftragt, in das Investitionsprogramm 2012 — 2017 für 2016 die Planung und 2017 die Ausführung für die Gestaltung des Parkplatzes rechts der Evangelischen Kirche aufzunehmen

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

Herr Bürgermeister Burger sagt zu, in 2014 zu prüfen, ob eine Instandsetzung des Parkplatzes aus den laufenden Haushaltsmitteln erfolgen kann.

**Radweg zwischen Mittelweg und Berleweg;  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen des Ortsbeirates  
Allmendfeld vom 21.11.2013, eingegangen am 22.11.2013  
Vorlage: 0233/S/13-04**

**Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt in das Investitionsprogramm 2012 — 2017 für 2015 die Planung und 2016 die Ausführung zum Bau eines Radwegs zwischen Mittelweg und Berleweg aufzunehmen.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig

Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**Aufnahme des geplanten Radweges zwischen Mittelweg und Berleweg in die Prioritätenliste des Radverkehrskonzeptes des Kreises Groß-Gerau hier: Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.11.2013, eingegangen am 02.12.2013  
Vorlage: 0233/S/13-04.1**

**Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt mit dem Kreis Groß-Gerau Kontakt aufzunehmen, damit der geplante Radweg in die Prioritätenliste des Radverkehrskonzeptes des Kreises Groß-Gerau aufgenommen wird.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**Komplettsanierung der Claus-Kroencke-Straße, hier: Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Klein-Rohrheim vom 23.11.2013, eingegangen am 25.11.2013, geändert im OBR Klein-Rohrheim am 27.11.2013  
Vorlage: 0233/S/13-05**

Bereits im Rahmen der Aussprache im Haupt- und Finanzausschuss teilte Herr Bürgermeister Burger mit, dass die ursprünglich geplante Sanierung der Zwingenberger Straße wegen der erforderlichen Komplettsanierung der Claus-Kroencke-Straße im Planungszeitraum getauscht wird.

**Beschluss:**

Die CDU-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim beantragt, im Investitionsprogramm 2015 Mittel für die Komplettsanierung der Claus-Kroencke-Straße bereit zu stellen.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**Neuanschaffung eines E-Bikes für die Stadtverwaltung hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.12.2013, eingegangen am 04.12.2013  
Vorlage: 0233/S/13-06**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für die Stadtverwaltung die Anschaffung eines E-Bikes. Die Finanzierung erfolgt über die Einsparungen in Höhe von 1500,00 €, bei Produkt 25201, Investitionsnummer I-25201001 Neuanschaffungen Museum.

Da der Antrag 0233/S/13-02 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Sachen Reduzierung der Neuanschaffungen im Museum negativ beschieden wurde, schlägt Frau Birgit Weinmann vor, die Einsparung der Mietkosten für das Haus Petry als Deckungsvorschlag zu sehen.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 5 (Bündnis 90/Die Grünen)  
Nein-Stimmen : 23 (13 CDU, 5 SPD/FDP, 4 GuD, 1 FWG)  
Enthaltung : -

**3 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2012 – 2017 einschl. aller eingegangenen Anträge; durch Magistrat beschlossen am 30.10.2013  
Vorlage: 0233/S/13**

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt das beigefügte Investitionsprogramm für die Jahre 2012 – 2017.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**Finanzmittel für eine Bürgerbefragung zu dem Thema Hallenbad  
hier: Antrag der FWG-Fraktion vom 12.11.2013, eingegangen am 13.11.2013  
Vorlage: 0234/S/13-01**

**Beschluss:**

Die Stadtverordneten der Stadt Gernsheim werden darum gebeten, die für eine Bürgerbefragung nötigen Mittel, zur Errichtung eines Hallenbades in den Haushalt 2014 mit aufzunehmen und diese mit einem Sperrvermerk zu versehen.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 1 (FWG)  
Nein-Stimmen : 24 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD/FDP, 1 GuD)  
Enthaltung : 3 (GuD)

**Anpassung des Produkts 61101 an den Finanzplanungserlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport;  
hier: Antrag des Magistrats zum Haushaltsentwurf 2014  
Vorlage: 0234/S/13-02**

### **BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Erträge bei Produkt 61101 – „Steuern, Zuweisungen und Umlagen“ im Entwurf des Haushaltsplans 2014 an den vorliegenden Finanzplanungserlass 2014 anzupassen, um damit die gesetzlichen Vorgaben des § 101 Absatz 2 HGO i.V.m. § 9 Absatz 3 GemHVO zu erfüllen. Darüber hinaus erfolgt eine Anpassung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2017. Die jeweiligen Beträge können der Tabelle in der Begründung entnommen werden.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**Innenstadtsanierung gemäß offenem Maßnahmenkatalog der Firma Eigler;  
hier: Antrag des Magistrats zum Haushaltsentwurf 2014  
Vorlage: 0234/S/13-03**

### **BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Produkt 57101 „Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung“ des Haushaltsentwurfs 2014 € 73.849,00 für die mögliche Teilumsetzung des in Abstimmung befindlichen Maßnahmenkatalogs der Firma Eigler und Partner, Stockstadt, zur Belebung der Innenstadt einzustellen.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**Sanierung der Wasserversorgung (Zuleitung) des alten Ortsteils Klein-Rohrheim (westlich der B 44);**

**hier: Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Klein-Rohrheim vom 23.11.2013,  
eingegangen am 25.11.2013  
Vorlage: 0234/S/13-04**

Diese Vorlage wurde dem Investitionsprogramm zugeordnet unter folgender laufender Nummer 0233/S/13-05.

**Sanierung Wasserrohrnetz Claus-Kroencke-Straße  
hier: Antrag der Fraktion GuD vom 25.11.2013, eingegangen am 25.11.2013  
Vorlage: 0234/S/13-04.1**

Die Vorlage 0234/S/13-04.1 wurde seitens der Fraktion GuD im Ortsbeirat Klein-Rohrheim am 27.11.2013 zurückgezogen.

**Interkommunale Kooperation für das Produkt Kommunikationstechnik und  
Beratungsanwendung (EDV);  
hier: Antrag der Fraktion GuD vom 25.11.2013, eingegangen am 25.11.2013  
Vorlage: 0234/S/13-05**

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird beauftragt, im Rahmen des Projekts IKZ (interkommunale Zusammenarbeit) des Kreises Groß-Gerau das Interesse an einer Zusammenarbeit für das Produkt Kommunikationstechnik und Beratungsanwendung (EDV) zu bekunden.

Mit anderen interessierten Kommunen soll spätestens zu den nächsten Haushaltsberatungen ein gemeinsames IT- und Kommunikationskonzept beraten und erarbeitet werden, um zukunftsorientiert und kostengünstiger die im Haushaltsprodukt 11103 beschriebenen Leistungen für die Stadt Gernsheim betreiben zu können.

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 4 (GuD)  
Nein-Stimmen : 24 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD/FDP, 1 FWG)  
Enthaltung : -

**Vermarktung des Alten Rathauses Allmendfeld  
hier: Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion vom 27.11.2013, eingegangen am  
27.11.2013  
Vorlage: 0234/S/13-06**

**Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt, als zusätzliche Alternative zur Rathaussanierung eine denkbare Vermarktung des Objektes zu prüfen. Die Kosten sind aus der Haushaltsstelle im Haushalt 2014, Produkt 36201, Teilposition 13, zu begleichen.“

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 24 (12 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD/DP, 4 GuD, 1 FWG)  
Nein-Stimmen : 2 (1 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen)  
Enthaltung : 2 (Bündnis 90/Die Grünen)

**Antrag des Magistrats zum Haushaltsentwurf 2014;  
hier: Einstellung einer zusätzlichen Planstelle 1,0 EG 6 im Produkt 12601 -  
Brandschutz  
Vorlage: 0234/S/13-07**

### **BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Produkt 12601 „Brandschutz“ eine zusätzliche Planstelle 1,0 EG 6 für einen zweiten hauptamtlichen Gerätewart im Haushaltsentwurf / Stellenplanentwurf 2014 einzustellen.

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass bei der Erstellung der Vorlage ein Fehler unterlaufen ist. Er bittet darum, die Entgeltgruppe EG 6 in EG 8 zu ändern, um zu vermeiden, dass bei Einstellung eines zweiten Gerätewartes bei der Feuerwehr im nachhinein diesbezüglich ein Nachtragshaushalt erforderlich ist.

Herr Stadtverordnetenvorsteher schlägt eine Sitzungsunterbrechung vor, da seitens der Mitglieder des Magistrats noch Beratungsbedarf besteht. Die Sitzungsunterbrechung dauert von 21:20 Uhr bis 21:25 Uhr.

Der Magistrat beschließt die Änderung der Planstelle im Produkt 12601 – Brandschutz von Entgeltgruppe 6 in Entgeltgruppe 8.

Nach der Sitzungsunterbrechung empfiehlt der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung, die Entgeltgruppe von EG 6 auf EG 8 zu ändern.

Der Beschlusstext lautet nun wie folgt:

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Produkt 12601 „Brandschutz“ eine zusätzliche Planstelle 1,0 EG 8 für einen zweiten hauptamtlichen Gerätewart im Haushaltsentwurf / Stellenplanentwurf 2014 einzustellen.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 27 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD/FDP, 4 GuD)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 1 (FWG)

**Antrag des Magistrats zum Haushaltsentwurf 2014;  
hier: Auflösung des Produktes 42401 „Betrieb des Hallenbades“ und  
Verteilung der bestehenden Planstellen  
Vorlage: 0234/S/13-08**

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, das Produkt 42401 „Betrieb des Hallenbades“ im Haushaltsentwurf / Stellenplanentwurf 2014 aufzulösen und die restlichen Planstellen der vier Vollzeitbeschäftigten den Produktbereichen zuzuordnen, bei denen die tatsächliche Arbeitsleistung seit Schließung des Hallenbades erbracht wird.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**Magistratskommission Klimaschutz;  
hier: Antrag der Fraktion GuD vom 27.11.2013, eingegangen am 29.11.2013  
Vorlage: 0234/S/13-09**

**Beschluss:**

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird ersucht, eine Kommission zum Klimaschutz einzusetzen. Sie soll Vorschläge für „wirksame und langfristige Strategien“ 1) entwickeln, „wie die CO 2-Emissionen bis zum Jahr 2050 stetig gesenkt werden können.“ 1 In diese Kommission sollen neben Vertretern des Magistrats/der Verwaltung Vertreter u.a. der

- Gernsheimer Gewerbetreibende, z.B. Vertreter der WVV
- Sportvereine
- im Parlament vertretene Parteien
- weiter sachkundige Bürger/innen u.a. geeignete Personen bzw. Vertreter von Institutionen berufen werden.

Dazu legt der Magistrat in einer Vorlage eine konkrete Vorschlagsliste der Institutionen/Vereine vor, die ein Mitglied benennen sollen, Die Mitglieder können von anderen Delegierten der Organisation vertreten werden.

Die Stadtverordnetenversammlung behandelt und beschließt dann die Vorlage. Die Aufwandsentschädigungen und eventuellen Sachkosten werden aus dem Produkt 56101, Position 13 1000,-- Euro entnommen

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 4 (GuD)  
Nein-Stimmen : 19 (13 CDU, 5 SPD/FDP, 1 FWG)  
Enthaltung : 5 (Bündnis 90/Die Grünen)

**Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäudedächern**  
**hier: Antrag der Fraktion GuD vom 27.11.2013, eingegangen am 29.11.2013**  
**Vorlage: 0234/S/13-10**

### **Beschluss:**

1. Der Magistrat ermittelt, welche städtischen Gebäudedächer u.a. geeignete Flächen für die aktuellen leichteren PV-Module zum weiteren Ausbau von PV-Anlagen geeignet sind. Weiter ermittelt er, bei welchen Gebäuden eine teilweise direkte Eigeneinspeisung möglich und sinnvoll ist.
2. Der Magistrat entwickelt Vorschläge, wie der Ausbau der PV-Anlagen kurzfristig, d.h. nach den aktuell gültigen Richtlinien und vor den zu erwartenden Änderungen, sinnvoll umzusetzen ist. Dabei sind neben der Eigenfinanzierung Modelle der Fremdfinanzierung und des Verpachtens an Dritte, z.B. private Investoren oder Genossenschaften zu prüfen.
3. Eine eventuelle Eigenfinanzierung ist auf die Einnahmen aus den vorhandenen 7 PV-Anlagen zu begrenzen.
4. Die daraus resultierende Investitionssumme von maximal 79 T€ aus Produkt 57301 wird bis zur Klärung des Punktes 2 mit einem Sperrvermerk belegt.
5. Zur Finanzierung dient bei Bedarf ein Teil der für das Haushaltsjahr 2015 vorgesehenen Investition.

Frau Elke Saltzer beantragt eine getrennte Abstimmung der Ziffern 1-5.

Dem Antrag wird einvernehmlich zugestimmt.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 1: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 9 (5 Bündnis/Die Grünen, 4 GuD)  
Nein-Stimmen : 19 (13 CDU, 5 SPD/FDP, 1 FWG)  
Enthaltung : -

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 2: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 9 (5 Bündnis/Die Grünen, 4 GuD)  
Nein-Stimmen : 19 (13 CDU, 5 SPD/FDP, 1 FWG)  
Enthaltung : -

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 3: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 4 (GuD)  
Nein-Stimmen : 24 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD/FDP, 1 FWG)  
Enthaltung : -

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 4: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 4 (GuD)  
Nein-Stimmen : 24 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD/FDP, 1 FWG)  
Enthaltung : -

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 5: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 4 (GuD)  
Nein-Stimmen : 24 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD/FDP, 1 FWG)  
Enthaltung : -

**LED-Straßenbeleuchtung;**

**hier: Antrag der Fraktion GuD vom 28.11.2013, eingegangen am 29.11.2013**

**Vorlage: 0234/S/13-11**

**Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt, die Straßenbeleuchtung im Jahr 2014 komplett auf LED-Leuchten umzustellen. Dafür sind beim Produkt 54101 zusätzlich 30.000 Euro einzustellen.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 4 (GuD)  
Nein-Stimmen : 19 (13 CDU, 5 SPD/FDP, 1 FWG)  
Enthaltung : 5 (Bündnis 90/Die Grünen)

**Beleuchtung freiwillige Feuerwehr Schöfferstadt Gernsheim**

**hier: Antrag der Fraktion GuD vom 28.11.2013, eingegangen am 29.11.2013**

**Vorlage: 0234/S/13-12**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Beleuchtung der freiwilligen Feuerwehr in folgenden Räumen

- Fahrzeughalle
- Schlauchwaschanlage
- Atemwerkstatt
- Werkstatt

- Waschplatz

auf energiesparende Leuchtkörper umzustellen.

Der entstehende Aufwand ist aus dem Produkt 11108 Position 13 zu entnehmen.

#### Finanzierung

Zur Finanzierung stehen bei Bedarf das Produkt 42401 Position 13 von 12.360 sowie Produkt I-11108028 mit 200 T€ zur Verfügung.

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Trommer für die Fraktion GuD mit, dass die Finanzierung aus den laufenden Haushaltsmitteln erfolgen soll.

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 22 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 GuD)  
Nein-Stimmen : 5 (SPD/FDP)  
Enthaltung : 1 (FWG)

#### **Trauerhalle: Heizung**

**hier: Antrag der Fraktion GuD vom 28.11.2013, eingegangen am 29.11.2013**

**Vorlage: 0234/S/13-13**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für die Dämmung und Heizung der Trauerhalle zu entwickeln. Falls mittel- bis langfristig zu vertretbarem Aufwand keine energetische Sanierung sinnvoll erscheint, ist nach Abschluss der Planungsphase noch im Jahr 2014 die Heizung auf Deckenheizelemente umzustellen.

Dafür ist im Produkt 55301 ein Betrag von 15 T€ einzustellen.

#### **Finanzierung**

Zur Finanzierung stehen bei Bedarf das Produkt 42401 Position 13 von 12.360 sowie Produkt 1-11108028 mit 200 T€ zur Verfügung.

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Trommer für die Fraktion GuD mit, dass der zweiten und dritten Satz des Antragstextes zu streichen ist. Weiterhin teilt er mit, dass die Finanzierung aus den laufenden Finanzmitteln erfolgen soll.

Der Beschlusstext lautet nun wie folgt:

#### **Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für die Dämmung und Heizung der Trauerhalle zu entwickeln. Die Finanzierung soll aus den laufenden Finanzmitteln erfolgen.

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 27 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD/FDP, 4 GuD)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 1 (FWG)

**Versand der Sitzungsunterlagen per E-Mail alternativ zur Botenzustellung  
hier: Antrag der Fraktion GuD vom 28.11.2013, eingegangen am 29.11.2013  
Vorlage: 0234/S/13-14**

Eine formelle Abstimmung erfolgt nicht.

### **Beschluss:**

Der Magistrat sorgt dafür, dass zukünftig die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder ihre Vorlagen und Informationen per elektronischer Post erhalten. Die nicht elektronisch vernetzten Empfänger oder die, die es ausdrücklich wünschen, erhalten die Unterlagen nach wie vor über Boten oder per Post. Der Gebrauch der elektronischen Post soll den Vorzug für die Versandfunktion haben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Empfänger einen angemessenen Ausgleich für den Verbrauch an Papier sowie Druckertoner und -kapazität erhalten. Dies soll durch eine angemessene jährlich einmalige Aufwandsentschädigung erfolgen. Der entstehende Aufwand ist aus dem Produkt 11101 Teilposition 13 zu entnehmen. Die voraussichtlichen Einsparungen übertreffen den internen Aufwand.

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt mit, dass am 13.01.2014 eine Sitzung des Ältestenrates stattfinden soll, in der das Thema Versand der Sitzungsunterlagen per E-Mail alternativ zur Botenzustellung mit auf die Tagesordnung genommen werden soll. Nach den Ausführungen des Stadtverordnetenvorstehers wird der Antrag seitens der Antragsteller zurückgezogen.

**Vermarkten von werthaltigem Inventar des niederzulegenden Hallenbades  
hier: Antrag der Fraktion GuD vom 28.11.2013, eingegangen am 29.11.2013  
Vorlage: 0234/S/13-15**

Seitens der Fraktion GuD wird folgender Antrag vorgelegt:

### **Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt, die werthaltigen bzw. verwertbaren Konstruktionsteile und Inventarstücke des Hallenbades, Haushaltsplan 2014, Produkt 42401, aufzulisten mit dem Ziel, sie anschließend möglichst effektiv zu vermarkten. Der Erlös soll einen Grundstock zur Finanzierung eines Neubaus bilden.

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass am 20.11.2013 ein Gesprächstermin stattgefunden hat, an dem Vertreter der Bauverwaltung, der Kläranlage, des Wasserwerks und der Liegenschaftsabteilung teilgenommen haben. Es wurde vereinbart, dass das vorhandene Inventar und die technische Ausstattung des Hallenbads zuerst den kommunalen Betrieben der Schöffersstadt angeboten werden sollen. Weiterhin wurden die Mitarbeiter darauf hingewiesen, dass der Verbleib des ausgebauten bzw. entnommenen Inventars und der Gerätschaften zu dokumentieren ist.

Bei der sich anschließenden Besichtigung wurde eine Liste erstellt, welche Gegenstände in welchen Betrieb gehen sollen. Es muss darauf hingewiesen werden, dass aufgrund des fünfjährigen Leerstandes des Gebäudes teilweise Einrichtungsgegenstände oder technische Gerätschaften nicht mehr nutzbar sind.

Für die Entnahme der Gegenstände wurde eine Frist bis zum 28.02.2013 gesetzt. Diese kann gegebenenfalls auch verlängert werden, sofern sich wegen der Stromversorgung in Sachen LIDL die Notwendigkeit zeigen sollte, das Hallenbad erst zu einem späteren Zeitpunkt abzureißen.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.12.2013 wird der Antrag seitens der Fraktion GuD als erledigt erklärt.

Am 09.12.2013 geht von Herrn Weckerle bei der Verwaltung ein Mail ein, in dem er mitteilt, dass der Antrag 0234/S/13-15 nicht zurückgezogen ist und in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden soll.

Der Antrag zum Haushalt mit der laufenden Nr. 0234/S/13-15 wird in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wieder auf die Tagesordnung genommen.

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 4 (GuD)  
Nein-Stimmen : 24 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD/FDP, 1 FWG)  
Enthaltung : -

**Reduzierung von Mittel zur Durchführung des Lärmfeuers  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.12.2013,  
eingegangen am 04.12.2013  
Vorlage: 0234/S/13-17**

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Mittel für die Durchführung des Lärmfeuers 2014 um 1.700 € auf 1000,00 € zu reduzieren. Die eingesparten Mittel sind unter Haushaltsstelle 36101 Fahrten ins Basinusbad anzusetzen.

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 5 (Bündnis 90/Die Grünen)  
Nein-Stimmen : 19 (13 CDU, 5 SPD/FDP, 1 FWG)  
Enthaltung : 4 (GuD)

### **Neugestaltung Bürgersaal**

**hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2013,  
eingegangen am 04.12.2013**

**Vorlage: 0234/S/13-18**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

#### **Beschluss:**

Wir bitten die im Finanzhaushalt übertragenen Restmittel in Höhe von 74.056,93 € für die Neugestaltung des Bürgersaals ersatzlos zu streichen.

Im Rahmen der Aussprache im Haupt- und Finanzausschuss am 04.12.2013 teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass eine Neuanschaffung von Mobiliar für den Bürgersaal unumgänglich ist. Zum einen seien die Tische sehr schwer und alleine fast nicht zu bewegen, zum anderen sind die Stühle nicht stapelbar, was bei Hochzeiten und Sitzungen am gleichen Tag zu erheblichen Schwierigkeiten bei dem erforderlichen Umstellen des Mobiliars führt. Des Weiteren liegt der Stadtverwaltung eine Mail von Herrn Dr. Ben Risch vom Hessischen Städtetag vor, in der Herr Dr. Risch mitteilt, dass mit Ablauf des Haushaltsjahres 2012 keine Möglichkeit besteht, den Haushalt 2012 zu ändern und somit auch kein Sperrvermerk in späteren Jahren angebracht werden kann.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters im Haupt- und Finanzausschuss am 04.12.2013 wird der Antrag seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

### **Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung**

**hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.12.2013,  
eingegangen am 04.12.2013**

**Vorlage: 0234/S/13-19**

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für oben genanntes Produkt, „Bespielbare Stadt“, Studienprojekt an die TU Darmstadt, einen Sperrvermerk anzubringen.

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 18 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen)  
Nein-Stimmen : 5 (SPD/FDP)

Enthaltung : 5 (4 GuD, 1 FWG)

**Fahrten zum Basinusbad**  
**hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.12.2013,**  
**eingegangen am 04.12.2013**  
**Vorlage: 0234/S/13-20**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Fahrten ins Basinusbad ab dem Haushaltsjahr 2014 auch in den Oster-, Herbst- und Winterferien anzubieten. Der Ansatz wird um 1700,00 € erhöht. Kostendeckung erfolgt durch Reduzierung von Mitteln unter Produkt 28102; Sonstige Kultur- und Vereinsförderung (Reduzierung Kosten Lärmfeuer).

Da der Antrag 0233/S/13-02 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Sachen Reduzierung der Mittel Lärmfeuer negativ beschieden wurde, schlägt Frau Birgit Weinmann vor, die Einsparung der Mietkosten für das Haus Petry als Deckungsvorschlag zu sehen.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 23 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 GuD, 1 FWG)  
Nein-Stimmen : 5 (SPD/FDP)  
Enthaltung : -

**4 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2014 einschl. aller eingegangenen Anträge; durch Magistrat beschlossen am 30.10.2013**  
**Vorlage: 0234/S/13**

Im Rahmen der Aussprache gibt Herr Bürgermeister Burger die voraussichtlichen Endergebnisse des Haushaltes 2014 bekannt, die er von Herrn Himmelmann von der Finanzverwaltung zugeleitet bekommen hat.

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die vorliegende Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2014.

**§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird

**im Ergebnishaushalt**

<u>im ordentlichen Ergebnis</u>		
mit dem Gesamtbetrag der <i>Erträge</i> auf		<b>24.459.869 EUR</b>
mit dem Gesamtbetrag der <i>Aufwendungen</i> auf	(-)	<b>24.271.939 EUR</b>
mit einem Saldo von		<b>187.930 EUR</b>

<u>im außerordentlichen Ergebnis</u>		
mit dem Gesamtbetrag der <i>Erträge</i> auf		<b>0 EUR</b>
mit dem Gesamtbetrag der <i>Aufwendungen</i> auf	(-)	<b>0 EUR</b>

mit einem **Überschuss** von **187.930 EUR**

#### im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den *Einzahlungen und Auszahlungen* aus laufender Verwaltungstätigkeit auf **1.653.161 EUR**

und dem Gesamtbetrag der

<i>Einzahlungen</i> aus <u>Investitionstätigkeit</u> auf		<b>4.988.312 EUR</b>
<i>Auszahlungen</i> aus <u>Investitionstätigkeit</u> auf	(-)	<b>10.584.950 EUR</b>
mit einem Saldo von	(-)	<b>5.596.638 EUR</b>

<i>Einzahlungen</i> aus <u>Finanzierungstätigkeit</u> auf		<b>2.400.000 EUR</b>
<i>Auszahlungen</i> aus <u>Finanzierungstätigkeit</u> auf	(-)	<b>771.800 EUR</b>
mit einem Saldo von		<b>1.628.200 EUR</b>

mit einem <b>Zahlungsmittelbedarf</b> des Haushaltsjahres von	(-)	<b>2.315.277 EUR</b>
festgesetzt.		

#### § 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2014 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf **2.400.000 EUR** festgesetzt.

#### § 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen** im Haushaltsjahr 2014 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf **0 EUR** festgesetzt.

#### § 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2014 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **5.000.000 EUR**

festgesetzt.

## § 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2014 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
  - a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf **360 v. H.**
  - b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf **290 v. H.**
2. Gewerbesteuer auf **370 v. H.**

## § 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

## § 7

Die Stadtverordnetenversammlung überträgt an den Magistrat die Einzelentscheidung über die Aufnahme der in der Haushaltssatzung festgesetzten Kredite bzw. die Umschuldungen gemäß § 50 der Hessischen Gemeindeordnung.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 24 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD/FDP, 1 FWG)  
Nein-Stimmen : 4 (GuD)  
Enthaltung : -

- 5** **Einstellung des Modellversuchs zur Förderung der Kindertagespflege in Gernsheim, durch den Magistrat beschlossen am 16.10.2013**  
**Vorlage: 0141/S/13**

### **BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einstellung des Modellversuchs zur Förderung der Kindertagespflege in Gernsheim zum 31.12.2013.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -

Enthaltung : -

**6 Kenntnisnahme des 2. Finanzberichts 2013 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO  
Vorlage: 0239/S/13**

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 2. Finanzbericht 2013 vom 28.10.2013 zum Buchungsstand 25.10.2013 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO zur Kenntnis.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zur Kenntnis genommen**

**7 Bauleitplanung der Schöffersstadt Gernsheim;  
Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Logistikzentrum südöstlich der Emanuel-Merck-Straße“  
a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB  
b) Satzungsbeschluss nach §§ 5 Hessische Gemeindeordnung (HGO) und 10 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 0244/S/13**

**BESCHLUSS:**

**Beschlussfassungen zu a)**

**Entwurfsauslegung nach § 3 Absatz 2 BauGB**

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass während der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs mit Begründung und Anlagen in der Zeit vom 16.09.-16.10.2013 (einschließlich) keine Stellungnahmen seitens der Öffentlichkeit vorgebracht wurden.

**Stellungnahmen von Fachbehörden und Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB**

**1. Stellungnahme Regierungspräsidium Darmstadt vom 14.10.2013**

**Raumordnung und Landesplanung**

**Beschluss:**

Im festgesetzten Industriegebiet mit den Gebietsbezeichnungen 9.1, 9.2 und 9.3 werden gemäß § 1 (5) der Baunutzungsverordnung (BauNVO) Verkaufsflächen für Einzelhandel gemäß § 9 (2) 1. BauNVO ausgeschlossen. Die zunächst in der Entwurfsphase vorgesehene Ausnahme für Selbstvermarkter der im Geltungsbereich des Bebauungsplans produzierenden und weiterverarbeitenden oder ansässigen Betriebe ist nicht mehr Inhalt der Bebauungsplanfestsetzung.

Sie bleibt damit unzulässig.

Die Änderung erfolgt aufgrund der Stellungnahme der Firma Merck vom 15.10.2013, die die Ansiedlung von sogenannten „Factory Outlets“ innerhalb des Achtungsabstands der Seveso-II-Richtlinie als Einrichtung mit Publikumsverkehr als unzulässig erachtet. Factory Outlets fallen in den Schutzbereich des Artikels 12 der Seveso-II-Richtlinie, da sie aufgrund des verbilligten Preisangebots regelmäßig von einer größeren Zahl von Menschen besucht werden.

## **2. Stellungnahme Kreisverwaltung Groß-Gerau vom 29.10.2013**

### **Bauaufsicht**

#### **Beschluss:**

Der Investor erhält die eingegangenen Stellungnahmen im Wortlaut ebenso wie die Abwägungs- und Beschlussunterlagen der Stadtverordnetenversammlung Gernsheim.

### **Brandschutztechnische Forderungen**

#### **Beschluss:**

Der folgende Hinweis wird als Hinweis 2 unter der Überschrift „Brandschutz“ in den Bebauungsplan aufgenommen (der bisherige Hinweis „Immissionsschutz“ ist entfallen):

„Sofern der zweite Rettungsweg für Gebäude über 8 m Brüstungshöhe durch Hubrettungsgeräte der Feuerwehr sichergestellt werden muss, ist zu gewährleisten, dass das erforderliche Hubrettungsgerät gemäß Feuerwehrorganisationsverordnung in der Hilfsfrist von 10 Minuten zur Verfügung steht. Kann dies nicht gewährleistet werden, sind die Rettungswege generell baulich sicherzustellen.“

## **Stellungnahme Fa. Merck KGaA Darmstadt vom 15.10.2013**

#### **Beschluss:**

Den gegebenen Anregungen wird gefolgt:

Der Hinweis Nr. 2 „Immissionsschutz“ entfällt komplett.

Im festgesetzten Industriegebiet mit den Gebietsbezeichnungen 9.1, 9.2 und 9.3 werden gemäß § 1 (5) BauNVO Verkaufsflächen für Einzelhandel ausgeschlossen. Die zunächst in der Entwurfsphase vorgesehene Ausnahme für Selbstvermarkter der im Geltungsbereich des Bebauungsplans produzierenden und weiterverarbeitenden oder ansässigen Betriebe ist nicht mehr Inhalt der Bebauungsplanfestsetzung. Sie bleibt damit unzulässig.

#### **Beschlussfassung zu b): Satzungsbeschluss gem. §§ 5 HGO und 10 BauGB**

Nachdem der Entwurf zur Aufstellung des Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Logistikzentrum südöstlich der Emanuel-Merck-Straße“ mit Begründung öffentlich ausgelegen hat und den berührten Behörden und sonstigen Trägern

öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde, die vorliegenden Stellungnahmen von der Stadtverordnetenversammlung durch Beratung und Beschlussfassung abgewogen wurden, beschließt die Stadtverordnetenversammlung den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplans „Logistikzentrum südöstlich der Emanuel-Merck-Straße“ mit Begründung gemäß § 5 HGO und § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung. Der Magistrat wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplans als Satzung ortsüblich bekannt zu machen und die Rechtskraft herbeizuführen.

Die Abstimmung über die Buchstaben a) und b) erfolgen getrennt.

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Buchstabe a: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Buchstabe b: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

- 8 Grundwassereintrag Kiesloch**  
**hier: Antrag der SPD-/FDP-Fraktion vom 29.07.2013, eingegangen am 30.07.2013**  
**Vorlage: 0165/S/13**

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters im Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft am 03.12.2013 und der Zusage, dass die Fraktionen eine Kopie des Schreibens von Herrn Gieles zur Verfügung gestellt bekommen, erklärt Herr Kramer für die SPD-/FDP-Fraktion den Antrag als erledigt.

- 9 Gültigkeit und Wirksamkeit der Geschäftsordnung Schöfferstadt Gernsheim**  
**hier: Antrag der Fraktion GuD vom 12.11.2013, eingegangen am 12.11.2013**  
**Vorlage: 0252/S/13**

Seitens der Fraktion GuD wird folgender Antrag vorgelegt:

Der Magistrat ersucht den Hessischen Städtetag sowie den Hessischen Städte- und Gemeindebund, die Bestimmungen in der „Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung, Ausschüsse und die Ortsbeiräte der Schöfferstadt Gernsheim“, Stand 8.2.2013 hinsichtlich ihrer Bedeutung, Wirksamkeit und der Auswirkung des § 12 „Anträge“ auf die Anträge in der Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim zu klären. Dabei

geht es um die Vorgabe im Absatz 2 „Anträge müssen begründet sein und eine klare für die Verwaltung ausführbare Anweisung enthalten.“ Konkret ist zu klären, ob Formulierungen wie „die Niederlegung wird *zeitnah* erfolgen.“, „der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.9.2011, ... wird *derzeit* nicht durchgeführt.“, „für die derzeitige freie Fläche... wird *vorerst* kein Bebauungsplan aufgestellt...“ Diese Formulierungen sind im Antrag 0225/S/13 vom 9.10.2013 enthalten. Deshalb ist auch im Interesse der Rechtssicherheit wichtig, zu klären, ob diese Formulierungen dem Anspruch „klare ... ausführbare Anweisung“ entsprechen.

Falls die Vorgaben der Geschäftsordnung bindend sind, ist ebenfalls zu klären, für wen welche Möglichkeiten existieren, um die Vorgaben in der Praxis der Stadtverordnetenarbeit durchzusetzen.

Weiter ist eine Klärung sinnvoll, welche der beiden Vorgaben zutreffend ist bzw. welche ggf. Vorrang hat: Im Absatz 2, Satz 2 heißt es „Die Antragstellerin oder der Antragsteller können *bestimmen*, ob der Antrag vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im zuständigen Ausschuss behandelt werden soll.“ Im Absatz 4 steht dagegen: „Die *Entscheidung*, ob Anträge zur Vorbereitung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zunächst den zuständigen Ausschüssen überwiesen oder auf die Tagesordnung der anstehenden Sitzung genommen werden, *trifft* die/der Vorsitzende im Rahmen seines pflichtgemäßen Ermessens.“

Herr Bürgermeister Burger verliest im Rahmen der Aussprache folgenden Aktenvermerk.

### **AKTENVERMERK**

Antrag der Fraktion GuD 0252/S/13 zur Gültigkeit und Wirksamkeit der Geschäftsordnung der Schöfferstadt Gernsheim Der Unterzeichner hat am heutigen Tage mit Herrn Heger, Hessischer Städte- und Gemeindebund, gesprochen und ihm die Inhalte des Antrags der Fraktion GuD bekanntgegeben.

Konkret ging es um die Formulierungen „zeitnah“, „derzeit“ und „vorerst“.

Herr Heger erklärte dem Unterzeichner auf Nachfrage, dass die Beschlussfassung durchaus ordnungsgemäß erfolgt sei. Die vorgenannten Formulierungen stoßen sich nicht mit den Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung, da die Vielzahl der erforderlichen Handlungen für die Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses zur Niederlegung des Hallenbades zeitlich nicht genau eingegrenzt werden können. Dies zum einen, da die Frage der Mittelbereitstellung zu prüfen sei (dies trifft in Gernsheim nicht mehr zu, da der Sperrvermerk aufgehoben wurde), zum zweiten dann die Frage der Verwertung der Vermögensgegenstände durch den Magistrat im Zuge seiner laufenden Geschäftstätigkeit festzulegen ist und vor allen Dingen ob der bereits gefasste Beschluss zum Abriss des Objektes nicht zu einer europaweiten Ausschreibung zwingt, was seitens der Bauverwaltung zu prüfen ist. Darüber hinaus ist für die Niederlegung des Objektes auch ein Abrissantrag erforderlich, der hinsichtlich seines Genehmigungszeitpunkts nicht durch die Stadtverordnetenversammlung bestimmt werden kann.

Im Gesamtergebnis bleibt festzuhalten, dass die Formulierung „zeitnah“ durchaus insoweit vernünftig erfolgt ist, als dies ein Begriff umfasst, der im Wesentlichen aussagt, eine baldige Niederlegung des Objektes notwendig ist, ohne den genauen Niederlegungszeitpunkt zu bezeichnen. Dies ist insoweit auch mit den Bestimmungen der HGO abgedeckt. Gleiches gilt für die beiden anderen Formulierungen „derzeit“ und „vorerst“.

Herr Heger wurde darauf hingewiesen, dass für den Fall, dass der Antrag der GuD eine Mehrheit finden sollte, eine Stellungnahme seitens des Städte- und Gemeindebundes erforderlich ist. Herr Heger teilt mit, dass diese Stellungnahme erfolgen kann, er allerdings keine besondere Eilbedürftigkeit für diese Stellungnahme sieht, da keine akute Handlungsnot besteht und er auch kein Rechtsschutzbedürfnis sieht, die auf ein Konträrhandeln der Verwaltung bei der Beschlussausführung zu den Bestimmungen der HGO erkennen lässt.

Bei der Gesamtwürdigung lässt Herr Heger erkennen, dass er im Falle eines Ersuchens seitens des Magistrats an den Städte- und Gemeindebund davon ausgeht, dass er den Vorwurf, die Beschlussfassung sei nicht konkret genug gefasst, zurückweisen wird.

Nach den Ausführungen bittet Herr Bürgermeister darum, dass der Antrag zurückgezogen wird.

Herr Trommer teilt für die Fraktion GuD mit, dass ihm die telefonische Auskunft des Herrn Heger vom Hessischen Städte- und Gemeindebund nicht genügt, zumal auf das Anliegen im letzten Absatz des Antrages der Fraktion GuD seitens des Hessischen Städte- und Gemeindebundes nicht eingegangen wurde.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt schlägt vor, den Antrag der Fraktion GuD auf die Tagesordnung der Sitzung des Ältestenrates am 13.01.2013 zu nehmen, um diesen entsprechend ausführlich zu beraten. Er bittet weiterhin die Antragsteller, den Antrag zurückzuziehen.

Herr Weckerle erklärt für die Fraktion GuD, dass die Fraktion mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden ist und zieht den Antrag zurück.

10

**Umbenennung der Ringstraße in Willy-Brandt-Ring**  
**Antrag der SPD-/FDP-Fraktion vom 04.11.2013, eingegangen am 13.11.2013**  
**Vorlage: 0253/S/13**

Seitens der SPD-/FWG-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die SPD/FDP-Fraktion bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

**Beschluss:**

Die Ringstraße, ab Erlenweg in südlicher Richtung, wird in Willy-Brandt-Ring umbenannt.

Des weiteren wird seitens der CDU-Fraktion folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

**Beschluss:**

Nicht die Ringstraße, ab Erlenweg in südlicher Richtung wird in Willy-Brandt-Ring umbenannt, sondern die zukünftige Erschließungsstraße des Baugebietes "Neuwingert" entlang den Märkten Fristo und ALDI erhält heute schon die postalische Bezeichnung Willy-Brandt-Straße. Diese Straße ist in einem ersten Bauabschnitt schon vorhanden, trägt aber bislang noch keinen Straßennamen.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.12.2013 wurde seitens der SPD-/FDP-Fraktion ein weiterer Änderungsantrag vorgelegt:

Die SPD/FDP-Fraktion bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

**Beschluss:**

Anstelle der Ringstraße, wird die Karlstraße zwischen der Einmündung "Am Steinernen Brückchen" und dem Übergang in die "Heidelberger Straße", in Willy-Brandt-Allee umbenannt.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**11 Anfragen**

Für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung liegen vier Anfragen vor.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Stadtverordnetenvorsteher

Schriftführerin